dodis.ch/48205

WR/kh

26. Juli 1978

Notiz an den Departementschef

Mein Aufenthalt in Moskau vom
5. - 9. Juni 1978

Ich erlaube mir, Ihnen in der Beilage sieben Gesprächsnotizen zu übermitteln, die über meine Moskauer Reise von Anfang Juni dieses Jahres Bericht erstatten.

Diese Texte sprechen für sich selbst. Dennoch möchte ich ein paar Bemerkungen allgemeiner Art hinzufügen, die von Interesse sein könnten.

Ich wurde in Moskau mit besonderer Höflichkeit empfangen und erhielt Zutritt auch zu sehr beschäftigten Herren, die sonst nicht ohne weiteres zu sehen sind (so Herr Gwischiani, Vizepräsident des Staatskomitees für Wissenschaft und Technik, und Professor Arbatow, Direktor des Instituts für USA- und Kanada-Studien). Das sowjetische Aussenministerium hielt damit ganz die Linie ein, die seit einigen Monaten gegenüber den westeuropäischen Ländern einschliesslich der Neutralen beobachtet wird, eine Art "offensive de charme", die dazu bestimmt ist, den Amerikanern das Wasser abzugraben und namentlich auch den chinesischen Bemühungen im gleichen geographischen Bereich entgegenzuwirken. Dass - nach meiner Rückkehr - zunächst der Abfall des in Genf stationierten sowjetischen Diplomaten Resun und kurz darauf der Beginn der Prozesse gegen die Vertreter der Bürgerrechtsbewegung in Russland, verbunden mit unserer Reaktion darauf, das Klima schlagartig, aber wahrscheinlich nur temporär änderte, ist ein Beweis mehr für den Mangel an Koordiniertheit der sowjetischen Politik. Dies ist ein Mangel, dessen man erst bei näherem Zusehen gewahr wird, der aber meines Erachtens als typisches Phänomen bis in die höchste Spitze der sowjetischen Staatsleitung hinaufreicht.

Dodis

dodis.ch/48205

Ich wurde auf meine Besuche von den Herren Botschafter Hohl und Fetscherin begleitet, der sich mit Talent des Protokolls annahm.

Mein Hauptgesprächspartner und offizieller Gastgeber war Vizeaussenminister Kosyrew (einer von acht seines Ranges). K. hat eine sehr ehrenvolle Laufbahn hinter sich - Botschaftsrat in Paris, Botschafter in Kairo und in Rom, dann Vizeaussenminister - und ist heute mit seinen mehr als 70 Jahren im Aussenministerium noch mit gewissen Spezialaufgaben betraut. Die Unterhaltung mit ihm vor allem zeigt, was etwa die Möglichkeiten und die Grenzen schweizerisch-sowjetischer Gespräche sein könnten. Trotz der Subtilität der Gedankenführung, deren K. sich befliss, kam doch die sowjetische Haltung im Verkehr mit dem westlichen Ausland, die Politik und die Ideologie strikte voneinander zu trennen, deutlich zum Vorschein. Dabei wissen die Sowjets gewiss so sehr wie wir, dass dies im Grunde eine künstliche Aufspaltung der politischen Gesamtschau ist; trotzdem halten sie die Antinomie mit mehr oder weniger Glück ihren Besuchern aus dem Westen gegenüber aufrecht.

Botschafter Dubinin, Leiter der ersten europäischen Abteilung des Aussenministeriums, verkörpert mit seinen etwa 50 Jahren bereits einen anderen Typ des russischen Diplomaten. Ausserordentlich sachkundig, flexibel und doch linientreu bedarf er mit seinem nahezu perfekten Französisch keines Uebersetzers, um den Kontakt mit der Gegenseite zu finden. Er spricht mit Selbstverständlichkeit von seinem Landhaus, neben der Wohnung in der Stadt, von seinem Auto; er und seine elegante und sprachgewandte Gattin bilden ein Paar, das auch den äusseren Erscheinungsformen des diplomatischen Lebens wohl ansteht. Es ist klar, dass ein hoher Funktionär von Dubinins weltläufiger Art dem Regime von grossem Nutzen ist.

dodis.ch/48205

Herr Gwischiani spielt, wie man mir sagt, im Staatskomitee für Wissenschaft und Technik heute die beherrschende Rolle; der Präsident, Her Kirillin, rückt demgegenüber immer mehr in allgemeinere Sphären zurück. G. empfing uns am Tage nach seiner Rückkehr von einer grossen Auslandsreise und am Vorabend des Aufbruchs zu einer weiteren. Er ist der Inbegriff des Managers, der Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion persönlich und gedanklich um eine Generation voraus. Er wäre ohne weiteres als Leiter eines erfolgreichen Grossbetriebes irgendwo im Westen denkbar. Seine dynamische Energie, die Beherrschung der grossen Linien wie der Einzelheiten der Probleme teilt sich dem Besucher mit. Hier ist nicht die Rede von Ideologie und allgemeiner Politik; es sind die harten wirtschaftlichen Fakten und die Entschlossenheit, aus ihnen ein Maximum für das Land herauszuholen, die für G. allein zählen. Vielleicht ist es bezeichnend, dass er kein Grossrusse, sondern Georgier ist. Mich hat er irgendwie an einen Self-made-man wie Onassis oder ähnliche Figuren erinnert.

Ein weiterer, dem Regime sehr wertvoller hoher Funktionär, ist Prof. Arbatow, der Amerikaspezialist, den Staatschef Breschnew regelmässig konsultiert. Für ihn ist Politik eine Wissenschaft und eine Kunst zugleich, wie sie es in der Tat sein sollte. Seine Kenntnis der amerikanischen politischen Szene ist verblüffend. Dass aber auch er die Haltung der Administration Carter als beunruhigend empfindet, spricht Bände für das potenzierte Sicherheitsbedürfnis der sowjetischen Politik.

Ein frischer Windstoss geht vom stellvertretenden Kulturminister Popow aus, der mit seinem etwas burschikosen Ton, seiner grossen Offenheit und dem praktischen Sinn, den er in den Vordergrund rückt, fast "amerikanisch" anmutet. Aus dem Gespräch mit ihm wird deutlich, wie schlecht auch in seinem Bereich die sowjetische Politik koordiniert ist, wenn man seine Ausführungen zum Beispiel mit dem Gedankengängen vergleicht, die der sowjetische Botschafter

dodis.ch/48205

in Bern uns vorzutragen pflegt.

Ich übergehe mit ein paar Worten Botschafter Chlestow, den Leiter der juristischen Abteilung des Aussenministeriums, der - in einem Gespräch über das SRPD - mit viel Gewandtheit juristische Argumente in den Dienst der politischen Zweckmässigkeit zu stellen weiss, wie auch Botschafter Nestorenko, Leiter der Abteilung für internationale Wirtschaftsorganisationen des Ministeriums, ein nüchterner Praktiker der russischen Staatsgewalt in den ihm zugewiesenen Gebieten. Lesenswert ist die Zusammenfassung, die er von der sowjetischen Politik im Bereiche der Entwicklungshilfe gab.

Damit auch der unfreiwillige Humor noch zu seinem Recht kommt, erwähne ich unsere Vorsprache bei Professor Lebedjew, dem Direktor des Staatsinstituts für internationale Beziehungen. Ich hatte vor meiner Abreise den Wunsch geäussert, vor einem geeigneten Gremium entweder einen Vortrag über schweizerische Aussenpolitik halten zu dürfen (wie ich dies in vielen europäischen Oststaaten getan habe) oder dann ein Gespräch mit dem Leiter eines politischen Forschungsinstituts zu führen. Die Russen optierten für die zweite Variante. Was uns aber geboten wurde, war keineswegs ein Gespräch, sondern ein Monolog L.s von einer Stunde Dauer über sein im Entstehen begriffenes neuestes Werk, eine dreibändige Geschichte der Detente, mit wiederholtem Seitenblick auf die nicht abreissende Kette von Heldentaten, die der Herr Professor als junger Partisan und begeisterter Kommunist während des Krieges hinter den deutschen Linien vollbracht hat. Als schliesslich der Redefluss zu Ende war und ich mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit nur in einem Punkte eine gewisse Meinungsverschiedenheit mit ihm anzudeuten wagte, erklärte uns L., dass die Sowjetunion keinerlei Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten dulde und er daher von mir keine Lektion entgegenzunehmen habe. Ich antworte dem im übrigen eher harmlos wirkenden Herrn darauf nur lächelnd, dass ja das Wort "lecture" im Englischen einen Doppelsinn habe und ich mich gewiss darum bemühen würde, ihn in die

dodis.ch/48205

Schweiz eingeladen zu sehen zu einem Vortrag - mit nachfolgender Diskussion! Wir trennten uns im besten Einvernehmen.

Zum Schluss liegt mir daran, Herrn und Frau Hohl herzlich für ihre liebenswürdige Gastfreundschaft zu danken. Botschafter Hohl bin ich besonders auch für seine sachverständige und tatkräftige Mitwirkung bei meiner Gesprächsrunde verbunden.

Weitnauer

(A. Weitnauer)

Beilage
7 Gesprächsnotizen

dodis.ch/48205

Gespräch mit Vizeaussenminister Kosyrew

6. Juni 1978

Anwesend: - Vizeaussenminister S.P. KOSYREW (K.)
- Botschafter J.W. DUBININ (D.)
- Minister J.A. OSTROWSKI
- Herr A.S. KOSTIKOW
- Herr A.G. DULJAN
- Botschafter A. WEITNAUER (WR.)
- Botschafter A. HOHL (HO.)
- Herr W. FETSCHERIN (Protokoll)

K.: Was die Unterhaltung der Beziehung zwischen unseren beiden Ländern anbelangt, so sind viele Gelegenheiten der Zusammenarbeit noch nicht genützt. Wir sind uns der Wichtigkeit Ihres Besuches bewusst. Ein solcher Gedankenaustausch findet nicht das erste Mal statt, da, wie ich weiss, Vizeminister Kowalew, der sich leider zur Zeit nicht in Moskau befindet, bereits derartige Gespräche in der Schweiz geführt hat.

Tatsächlich gibt es viel Gemeinsames zwischen unseren beiden Ländern, u.a. im Kampf für den Frieden und die Sicherheit in Europa, aber auch auf anderen Gebieten.

WR: Es ist für mich eine Ehre, zu Ihnen in eines der Zentren der grossen Weltpolitik eingeladen zu sein. Bekanntlich sind alle Mitglieder der Staatengemeinschaft gleich, denn die Menschheit ist eins, und die Welt wird auch immer mehr zu einer Einheit werden. Wir haben oder sollten zumindest dieselbe Bestrebung haben. Eine der grossen Fragen der Menschheit lautete schon immer: Krieg oder Frieden. Heute haben wir einen Punkt erreicht, wo nur noch der Friede als Lösung in Frage kommt. Deshalb lassen Sie mich einige Worte über die Rolle der Schweiz auf diesem Gebiet verlieren.

dodis.ch/48205

Die Schweiz ist seit 450 Jahren neutral und lebt damit folgerichtigerweise in Frieden. Seit 1515 führte das Land keine äusseren Kriege mehr und es wurde in der Zwischenzeit lediglich einmal unter Napoleon besetzt. Die neutrale Rolle der Schweiz wurde zuerst durch Europa anerkannt, und schliesslich durch die ganze Welt. 1815 erklärten die europäischen Mächte die schweizerische Neutralität als im besten Interesse Europas liegend. Unter dem damals ausgefertigten Dokument steht, wie Sie wissen, auch eine russische Unterschrift. Dank ihrer bewaffneten Neutralität wurde die Schweiz weder in den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 noch in die beiden Weltkriege verwickelt. Deshalb war es uns möglich, eine Politik zugunsten der Menschlichkeit und des Friedens, der Zusammenarbeit und des besseren Verständnisses zwischen den Völkern zu entwickeln. Die Gründung des Roten Kreuzes ist ein schweizerisches Verdienst; vor kurzem jährte sich der Geburtstag von Henri Dunant zum 150. Mal. Neben dem humanitären Bereich hat die Schweiz auch die Rolle und die Aufgabe erfasst, die ein kleines neutrales Land in einer Welt zu spielen hat, in welcher Kriege immer unmöglicher werden. Aus dieser Haltung heraus haben wir den sowjetischen Vorschlag für die Abhaltung der Sicherheitskonferenz begrüsst und aktiv an dieser teilgenommen. Wir sind auch zufrieden damit, dass für 1980 erneut ein Treffen, wie es kürzlich in Belgrad stattgefunden hat, in Madrid durchgeführt wird. Die Schweiz hat an der KSZE eine sehr aktive Rolle gespielt, vielleicht zur Ueberraschung anderer europäischer Länder oder sogar zur Ueberraschung der schweizerischen Oeffentlichkeit. Man kann in diesem Verhalten eine Oeffnung zu einer noch aktiveren Aussenpolitik im Dienste des Friedens erblicken. Natürlich bleiben diese Bestrebungen begrenzt, da kleine Länder wie die Schweiz und andere neutrale Länder nicht alle Spannungen in der Welt beseitigen können.

Es wird heute oft von Detente gesprochen, und man fragt sich, ob sie wirklich existiert. Fest steht jedenfalls, dass es sich dabei nicht nur um ein europäisches, sondern um ein Weltphänomen handeln

./.

dodis.ch/48205

muss: gerade dies scheint mir von entscheidender Bedeutung. Die Detente hängt in erster Linie von den Beziehungen zwischen sehr grossen Ländern der Welt, also besonders den USA und der Sowjetunion ab.

K.: Ich danke Ihnen für Ihre interessanten Erläuterungen, deren letzten Teil ich allerdings nicht unterschreiben kann. Sicher hängt viel von der USA und der Sowjetunion ab, anderseits hat die Schweiz mit ihrer 450-jährigen Tradition grosse Erfahrung in der Friedenspolitik und kann deshalb eine wichtigere Rolle spielen, als Sie soeben erwähnten. Die Schweiz hat bereits einen wichtigen Beitrag an die Detente in Europa und in der Welt geleistet, u.a. an der KSZE. Dank dieser Tätigkeit ist die Schweiz überall ein hochgeschätztes Land.

Tatsächlich ist heute die Frage nach Krieg und Frieden von entscheidender Wichtigkeit. Die Alternativen zur Detente sind Spannungen, und aus Spannungen kann ein bewaffneter Konflikt entstehen. Wir wissen beide, dass nicht alle Länder dieselben Anstrengungen machen bzw. dieselben Ansichten haben. Es gibt Kräfte, die einen anderen Weg gehen möchten. Sie wissen, wo sie sich befinden. Die Schweiz und die Sowjetunion sollten parallele oder gemeinsame Anstrengungen machen zur Verstärkung der Detente und zu ihrer Irreversibilität. Das gehört zur wichtigsten Aufgabe aller friedliebenden Kräfte, d.h. der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Staaten und auch der Schweiz.

Als Kernpunkt der Detente muss die Abrüstung betrachtet werden, über welche bekanntlich zur Zeit in den Vereinten Nationen eine Sondersession durchgeführt wird. Sie kennen sicher die Vorschläge der Sowjetunion, auch diejenigen, welche sogar die totale Abrüstung fordern.

Es gibt aber auch andere Probleme, welche dringlich sind und vor allem auf regionaler europäischer Ebene gelöst werden sollten.

./.

dodis.ch/48205

Ich erinnere hierbei an die Organisation der Kooperation auf den Gebieten des Umweltschutzes, der Energiefragen und des Transportwesens. Sie kennen wahrscheinlich den Inhalt unserer Vorschläge. Wir sind der Ansicht, dass diese Fragen nun reif für eine Lösung sind und zwar im Rahmen von paneuropäischen Fora. Die Schweiz hat in dieser Beziehung bereits eine Rolle gespielt, sie könnte aber künftig ausgeprägter sein. Die Lösung der Probleme innerhalb dieser drei Problemkreise würde ebenfalls zur Detente und Kooperation in Europa beitragen.

WR: Sie haben mit einigen Beispielen erläutert, wie der Prozess der Detente verstärkt werden kann. Die Schweiz steht allen Möglichkeiten offenen Sinnes gegenüber.

Heute hat die Frage nach Krieg und Frieden eine neue und schreckliche Bedeutung angenommen, da die modernen Waffensysteme die ganze Menschheit zerstören können. Sie führt zu der weiteren fundamentalen Frage: gibt es überhaupt jemanden in dieser Welt, der Krieg und Zerstörung will? Dies mag in einigen regionalen Konflikten der Fall sein, welche aber meist nach einer gewissen Zeit gelöst werden können. Meines Erachtens muss im globalen Rahmen die Frage nach dem Grund für den Mangel an Detente gestellt werden. Offensichtlich fehlt es am Element des Vertrauens, vor allem zwischen den grossen Ländern. Die Schweiz bemüht sich, dieses Vertrauen zu erzeugen. Anderseits scheint es, dass es in der Sowjetunion und in den USA nach wie vor Leute gibt, die zu andern Ländern kein Vertrauen finden können und deshalb der Aufrüstung noch immer zustimmen. Dies ist sicher teilweise darauf zurückzuführen, dass es noch immer politische Denksysteme gibt, die "eroberische Elemente" enthalten und auf Nachbarn oder andere Weltgegenden gerichtet sind. Dies ist bedauerlich und führt zum provisorischem Schluss: vermehrte Kontakte zwischen den Führern der grössten Länder und ihren Völkern sind unbedingt erforderlich. Dies umso mehr, als, wie gesagt, die

./.

dodis.ch/48205

Einzelmenschen und Völker den Frieden wirklich wollen.

Wie kann mehr Vertrauen geschaffen werden? Die kleinen Länder vor allem leiden unter dem Vertrauensmangel und suchen deshalb Mittel, um die grossen Mächte zu bewegen, in der Richtung auf mehr Vertrauen entschlossen vorwärts zu schreiten. Geschieht dies nicht, werden wir weiter in einem Zustand leben, der keinem wirklichen Frieden entspricht.

K.: Sie haben ein wichtiges Problem erwähnt. Wie Sie wissen, führen die sozialistischen Länder, und vor allem die Sowjetunion eine klare und eindeutige Politik, welche Vertrauen, Freundschaft und Sympathie des sowjetischen Volkes zu jedem anderen beliebigen Volk erwecken soll. Dies ist die Politik der Sowjetunion und der KPdSU. In der Parteisprache nennt sich dieses Verhalten: "die Anerziehung internationalistischer Gefühle". Leider ist in manchem kapitalistischen Land der umgekehrte Prozess festzustellen. Man gewinnt den Eindruck, dass dort die Völker gegen die sozialistischen Länder und vor allem gegen die Sowjetunion aufgebracht werden sollen. Sie selbst kennen alle die verschiedenen Mittel dazu, wie "Die Stimme Amerikas" und andere Radiostationen, die Spionage und Gegenspionage sowie viele westliche Zeitungen. Auch wir sind der Meinung, dass das Vertrauen eines der wichtigsten Elemente der Abrüstung ist. Es gibt aber andere Elemente.

Imperialistische Länder und Kreise verwenden politische Mittel der Bedrohung und der Anwendung von Gewalt im Zusammenhang mit anderen Ländern. Ich betone, dass die Schweiz hier nicht zur Diskussion steht. Sie kennen die Einmischung in Zaire, Sie kennen die Motive (Schutz der Europäer), Sie kennen die Vorwürfe, dass die Sowjetunion oder Kuba dort eingegriffen hätten. Die Welt weiss, dass man mit diesen lügenhaften Behauptungen nicht weit kommen wird. Sie spielen aber auch eine Rolle im Prozess des Vertrauens. Man spricht darüber - auch in der Schweizer Presse -,

./.

dodis.ch/48205

dass die Sowjetunion diesen oder jenen Teil der Armee rasch entwickelt. Auch diese Meldungen sind künstlich und falsch. Man hat den Eindruck, dass damit von gewissen Kreisen ein Deckmantel geschaffen werden soll, welcher die eigenen "Affairen" verdeckt.

Was die Kontakte zwischen den Regierungen anbelangt, so spielen auch sie tatsächlich eine wichtige Rolle. Entscheidend ist aber vor allem, dass den Völkern freundschaftliche und sympathische Gefühle für andere anerzogen werden. Es müssen deshalb die Informationskräfte daran gehindert werden, Hass zu züchten. Wir nennen z.B. unsere Partner nicht "Gegner", wie sie dies von uns tun (in verschiedenen Dokumenten, vor allem der NATO). Wir sind bereit, sie als "Freunde" zu bezeichnen und glauben, dass auf diesem Gebiete noch viel getan werden kann.

D.: Es gibt noch andere Aspekte der Verstärkung des Vertrauens. Sie gehören zur Frage nach der Existenz der Entspannung. Aufschlussreich ist ein Vergleich des heutigen Europas mit demjenigen von 1960. Wir stellen dabei einen riesigen Unterschied fest. Vor einigen Tagen machte Staats- und Parteichef Breschnew einen Besuch in der Bundesrepublik, einem Land, das mit uns Krieg geführt hat. Warum sind wir heute so weit gekommen? Weil wir durch gemeinsame Anstrengungen mit Hilfe der KSZE eine grosse Anzahl von Problemen mehr technischer Art, welche noch aus dem Zweiten Weltkrieg stammen, lösen konnten. Ich denke dabei vor allem an die "verfluchte" Territorialfrage, welche besonders wesentlich war. Meines Erachtens ist die Detente heute bereits zu einem internationalen Phänomen geworden, wenn wir etwa an die derzeit tagende Abrüstungskonferenz der UNO denken.

WR: Gestatten Sie mir, drei Bemerkungen zu machen. Die Schweiz hat zwar ein anderes sozialökonomisches System, aber ein Kapitalismus im marxschen Sinne existiert nicht mehr. Wir haben in unserem Lande ein System der sozialen Marktwirtschaft aufgebaut.

./.

dodis.ch/48205

Was Ihre Bemerkung bezüglich der ideologischen Seite der Detente anbelangt, so bin auch ich davon überzeugt, dass der ideologische Krieg schädlich ist. Man sollte mit Offenheit und Wahrheit an die Probleme herangehen. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit einem Botschafter eines sozialistischen Landes, nicht der UdSSR, welcher behauptete: "Man darf nicht verkennen, dass, was die soziale, politische und ökonomische Entwicklung der Welt anbelangt, alle Länder den Sozialismus übernehmen werden. Dies ist eine wissenschaftliche Tatsache, eine objektive Wahrheit." Ich bin nicht einverstanden mit dieser Bemerkung, die ich schon mehrmals gehört habe. Es ist möglich, dass einige Länder sozialistisch werden; aber nicht deswegen, weil es sich um eine wissenschaftliche Wahrheit handelt. Wir geben nicht vor, mit unserer eigenen Ordnung eine ideale Lösung gefunden zu haben. Für uns ist die Entwicklung offen; wir lassen dem menschlichen Denken die Freiheit, die Zukunft zu bestimmen. In den erwähnten Bemerkungen "sozialistischer" Diplomaten findet man anderseits Elemente, die befremden und die Schaffung von Vertrauen erschweren, das wir für so wichtig halten. Wenn ein Volk oder ein politisches Lager behauptet, es hätte die Ideallösung, ja die einzig mögliche Lösung gefunden und versucht, sie missionarisch zu verbreiten, so gehören wir nicht dazu. Und wir sind der Ansicht, dies sollte die Position aller Länder sein.

Hinsichtlich der Zeitungen haben wir in Belgrad bekanntlich einen Vorschlag zu einem Abkommen über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Journalisten gemacht. Sein Abschluss würde ebenfalls zur Entspannung beitragen. Natürlich gibt es schlechte Journalisten - wir haben davon auch einige in der Schweiz -, aber andere stellen die Wirklichkeit dar, wie sie ist, und dies sind wichtige Leute. Wir greifen auch in die Arbeit der unseriösen Journalisten nicht ein, denn wir glauben, dass das Schweizer Volk genügend Reife und Unterscheidungsvermögen besitzt.

./.

dodis.ch/48205

K.: Ich finde nicht, dass zwischen Ihrer Aussage und derjenigen der "sozialistischen" Diplomaten ein grosser Unterschied besteht: diese meinen, der "Sozialismus" würde sicher kommen, Sie meinen, vielleicht. Wir Kommunisten können die Dinge nicht einfach ihrem Lauf überlassen; wir wollen die Entwicklung gemäss unserer Ueberzeugung beeinflussen. Jeder hat das Recht, seine eigene Ueberzeugung zu haben, in den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern. Es ist das Recht jedes Menschen, für seine Ueberzeugung zu kämpfen. Hier handelt es sich aber um ein ideologisches Thema und nicht um ein zwischenstaatliches, weshalb ich diesen Ort nicht für geeignet halte, weiter darüber zu diskutieren. Ich möchte mich auch nicht dazu äussern, ob in der Schweiz noch ein Kapitalismus marxscher Art besteht, obwohl ich in dieser Beziehung eine feste Meinung habe.

Jedes Volk hat das Recht, seine eigene Gesellschaftsordnung zu wählen. Wenn die Schweizer lieber kapitalistisch bleiben möchten, so wird sie niemand daran hindern. Wir sind dennoch bereit, eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen den Regierungen zu entwickeln. Nicht davon betroffen aber sind andere Entwicklungen der Kooperation, welche ausschliesslich den Völkern vorbehalten sind. Es muss also ein Unterschied gemacht werden zwischen ideologischen Beziehungen und intergouvernementalen Beziehungen zwischen zwei Ländern.

Auch wir sind der Ansicht, dass Journalisten über gute Arbeitsbedingungen verfügen sollten. Leider kenne ich Ihren Vorschlag von Belgrad nicht im Detail. Anderseits handelt es sich hier um einen speziellen Beruf, deren Vertreter sich an die Gesetze des Landes ihrer Tätigkeit zu halten haben. Im einzelnen haben wir dabei vielleicht verschiedene Auffassungen; von Wichtigkeit für uns beide ist aber sicher, dass die Leser im andern Land objektiv und wahrheitsgetreu informiert werden. Den Journalisten soll dann Hilfe geliehen werden, wenn sie ihren Beitrag zu mehr

./.

dodis.ch/48205

Vertrauen zwischen den Völkern leisten. Hierüber könnte man sicher auf Regierungsebene übereinkommen.

WR: Wir betrachten Ihr Land als ausserordentlich wichtig und zwar sowohl in politischer wie auch ökonomischer Hinsicht. Ich glaube, dass es vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet fast unbeschränkte Möglichkeiten einer Zusammenarbeit gibt. Beide Länder sind hochtentwickelt, jedes auf eine andere Weise und deshalb komplementär. Durch eine Vertiefung der Beziehungen auf diesem Gebiet kann, davon bin ich überzeugt, mehr Vertrauen geschaffen werden.

K.: Ich bin vollständig mit Ihnen einverstanden. Der Kurs unserer Regierung und unserer Partei sieht die Kooperation mit allen Ländern, also auch der Schweiz vor. Unsere Beziehungen sind auf gutem Wege, aber noch immer gibt es unausgeschöpfte Möglichkeiten. Unsere zuständigen Behörden und insbesondere das Aussenministerium werden ihr bestes tun, um ihre Dienste den schweizerischen Geschäftsleuten zur Verfügung zu stellen.

Auch politische Kontakte sind immer nützlich, und in dieser Hinsicht bestehen ebenfalls viele Möglichkeiten.

HO: Ich kann Ihnen versichern, dass ich als Hauptziel meiner hiesigen Mission die Erweiterung der Kooperation auf allen Gebieten im Sinne der Schlussakte sehe. Lassen Sie mich aber dennoch eine kurze persönliche Bemerkung machen. Sie erwähnten, dass die Detente einerseits global sei, anderseits in ein geographisches bzw. ideologisches Element aufgeteilt werden müsse. Dennoch bin ich überzeugt, dass gerade in Belgrad gewisse ideologische Elemente die Atmosphäre getrübt haben, was die Behauptung in Zweifel zieht, dass die Ideologie an sich keinen Einfluss auf die Entspannung hat.

./.

dodis.ch/48205

K.: Welche Parteien existieren in der Schweiz? Gibt es eine KP?

HO: Jawohl.

K.: Ueberlassen wir die ideologischen Fragen den Parteien und Individuen. Ich selbst lehne es ab, dass sich eine Regierung oder ein Land in meine persönlichen Auffassungen mischt. Es ist meines Erachtens deshalb unlogisch, das ideologische Problem auf bi- oder multilateraler Regierungsebene zu diskutieren.

WR: Ich danke Ihnen für dieses fruchtbare und offene Gespräch. Nur auf diesen Wegen kann das nötige Vertrauen geschaffen werden.

dodis.ch/48205

Gespräch mit Botschafter Dubinin, Leiter der Ersten Europäischen Abteilung im MAE, 8. Juni 1978

Anwesend: Botschafter Dubinin (D.), 3 Mitarbeiter der Ersten Europäischen Abteilung, Botschafter Weitnauer (WR.), Botschafter Hohl (HO.), Fetscherin (Protokoll)

Bei dem Gespräch geht es hauptsächlich um die Erörterung von hängigen bilateralen Fragen sowie die Erläuterung der schweizerischen Haltung im Zusammenhang mit der UNO.

- Fall Schaffner. WR. weist darauf hin, dass Schaffner zwar ein kriminelles Delikt begangen habe, die Möglichkeit seiner vorzeitigen Freilassung aber vielleicht aus humanitären Gründen nochmals untersucht werden könnte. D. nimmt diesen Vorschlag zur Kenntnis und wird ihn weiterleiten. Allerdings, so meint er, werfe man bei vorfristigen Entlassungen oft der Sowjetunion vor, dass sie Verbrecher liberaler behandle, als dies durch deren Heimatstaat geschehe; diese Bemerkung sei aber nicht als Antwort auf die Anregung von WR. zu werten.

- Fall Majorowa/Zellweger. Gemäss WR. handelt es sich hier um einen typischen Fall der Familienzusammenführung, wie er von der KSZE-Schlussakte vorgesehen sei. Das Ausreisegesuch von Frau Zellweger könne deshalb umsomehr unterstützt werden, als hier kein Verbrechen vorliege. Gemäss D. wird jeder dieser Fälle mit grosser Aufmerksamkeit und Sorgfalt behandelt. Die Botschaft werde gelegentlich eine Antwort des MAE erhalten.

- Einladung von Prof. Inosemzew. Nach WR. liegt seit langem eine Einladung des sowjetischen Gelehrten durch Prof. Frei des Schweizerischen Instituts für Internationale Studien in Zürich vor. Nachdem bisher bezüglich eines konkreten Datums keine Antwort erfolgte, halte Prof. Frei den Zeitpunkt offen. D. führt die

dodis.ch/48205

Verzögerung auf die arbeitsmässige Ueberlastung von Inosemzew zurück. Er werde aber mit diesem Kontakt aufnehmen und der Botschaft Bescheid geben.

- Einladung von Prof. Lebedjew. WR. spricht von seinem eigenen Wunsch, den Direktor des Moskauer Staatsinstituts für Internationale Beziehungen (MGIMO) zu einem Vortrag in die Schweiz einzuladen.

- Zusammenarbeit Schweiz - UdSSR auf nuklearem Gebiet. WR. erklärt, dass die Schweiz die Versorgungsquellen für ihre Atomkraftwerke diversifizieren möchte. Es gebe schon entsprechende Kontakte, diese sollten nun aber eventuell auf eine staatliche Ebene gehoben werden. D. erkundigt sich, ob die Schweiz eigenes Uran in der Sowjetunion anreichern wolle oder ob mit der Zusammenarbeit die Lieferung sowjetischen, angereicherten Urans gemeint sei. Nachdem er von WR. erfahren hat, dass ersteres auf Grund des Fehlens von schweizerischem Uran nicht in Frage käme, erklärt D., dass somit eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiete nicht möglich sei. Die Sowjetunion liefere nämlich keinem Lande, unabhängig von dessen Gesellschaftsstruktur, eigenes angereichertes Uran.

- Verhandlungen über Nationalisierungsentschädigungen. WR. hält es für wichtig, dass die nächste Verhandlungsrunde bald stattfindet. D. meint darauf, das Dossier der sowjetischen Forderungen sei leider dem MAE noch nicht bekannt, dieses sei aber noch in diesem Jahre bereit für neue Gespräche.

- Uebergabe des Abrüstungsmemorandums der Schweiz. HO. übergibt D. das in New York anlässlich der Abrüstungssitzung der UNO übergebene Schweizer Papier. D. bedankt sich dafür und erwähnt, dass er den Text bereits aus New York erhalten habe.

dodis.ch/48205

- Problematik Genf - Wien. Gemäss WR. hat die Schweiz Verständnis für die österreichischen Wünsche und Befürchtungen hinsichtlich des Donaupark-Zentrums. Anderseits habe sich gezeigt, dass das Budget der UNIDO und der Atomenergieagentur zu klein konzipiert sei und diese beiden Organisationen somit künftig mehr Arbeitsräume als vorgesehen beanspruchen müssten. Genf habe im übrigen den Vorteil der "Frankophonie", und die meisten Länder besässen dort bereits ständige Vertretungen. D. erklärt, die Sowjetunion verhalte sich zu diesem Problem sehr vorsichtig. Immerhin könnte er sagen, dass ihre Vertreter in Genf "sehr gut eingerichtet" seien.

- Schweizerischer UNO-Beitritt. Wie die Sachlage bei der kürzlichen Ueberreichung des schweizerischen Abrüstungsdokumentes einmal mehr gezeigt hat, entspricht nach WR. die Beziehung der Schweiz zur UNO nicht der realen Bedeutung unseres Landes. Regierung und Parlament seien für einen Beitritt, das Volk hingegen, namentlich in Angelegenheiten, die den eigenen Staat und seine Stellung in der Welt betreffen, traditionsbewusst, vorläufig überwiegend dagegen. WR. erläutert das schweizerische System der direkten Demokratie. Trotz des Risikos eines negativen Resultats seien wir nun bereit, wahrscheinlich 1980 oder 1981 eine Volksabstimmung durchzuführen. Die Neutralität stelle auch hier, wie schon beim Völkerbundsbeitritt, besondere Probleme. Man erwäge deren Wahrung gegenüber der UNO durch eine autonome Deklaration beim Beitritt.

D. dankt sehr für die, wie er sagt, für ihn sehr wertvolle Orientierung. Er erinnert daran, dass sich Lenin "eingehend mit dieser Sonderform der bourgeoisen Demokratie" befasst habe. Auch D. ist der Ansicht, dass die Schweiz im Rahmen ihrer Politik der Universalität eine weit grössere Rolle in der Völkergemeinschaft spielen sollte. Im übrigen erachte die Sowjetunion die schweizerische Neutralität als sehr wichtig sowohl für Europa als auch für die ganze Welt.

dodis.ch/48205

- Vorbereitung des Besuches von Bundesrat Aubert. WR. bedankt sich für den freundlichen Empfang in Moskau und erwähnt, dass der Besuch des Departementschefs vorläufig für die erste Jahreshälfte 1979 vorgesehen ist. Dubinin anderseits hoffe er schon Ende 1978 in Bern zu sehen.

  D. schätzt diese Kontakte als Zeichen des "fortgeschrittenen" Zustands der bilateralen Beziehungen. Der Besuch Aubert müsse auch als ein politisch bedeutsamer Anlass gesehen werden. Besuche auf diesem Niveau schlössen normalerweise in Moskau ein bis zwei Tage politische Gespräche ein (ohne Tagesordnung), wobei meist anschliessend ein kurzes, vorbereitetes Dokument unterzeichnet werde; die sowjetische Seite sei hierin allerdings sehr flexibel. D. fügt ausserdem bei, dass bei solchen Gelegenheiten oft eine kleine Reise in der Sowjetunion (z.B. nach Leningrad) vorgesehen werde. WR. erwidert, dass die Schweiz mit der Abfassung eines gemeinsamen Kommuniqués einverstanden wäre.

Gespräch mit Dubinin nach dem Abendessen auf der schweizerischen Botschaft am 8. Juni 1978

Das Gespräch konzentriert sich auf die Schlussakte von Helsinki und die Konferenzen von Belgrad und Madrid. Was diese Zusammenkünfte betrifft, sagt Dubinin wörtlich "modeste conférence, suivie d'une autre conférence modeste". Das allerseits bestehende Interesse, von Zeit zu Zeit den Stand der Durchführung der Helsinki-Schlussakte zu überprüfen, sei von den Amerikanern und ihren Alliierten über jede Gebühr aufgebauscht worden. Nach sowjetischer Auffassung ist durch das Dokument vom 1. August 1975 eine solide Grundlage für das künftige friedliche und konstruktive Zusammenleben der europäischen Staaten geschaffen worden. Der Text eignet sich nicht zum Propagandaschlager, noch weniger zur Anheizung eines Spannungszustandes zwischen den Signatarstaaten. Es sollte rechtzeitig darüber Klarheit

dodis.ch/48205

geschaffen werden, nach welchem Konzept und mit welcher Blickrichtung in Madrid diskutiert wird, damit die unliebsamen, der Detente sehr abträglichen Erfahrungen von Belgrad sich nicht wiederholen.

Ich antworte, dass nach schweizerischer Ansicht Fortschritte auf allen in der Schlussakte von Helsinki erwähnten Gebieten das Ziel der Entwicklung sein muss. Auch wir sind der Meinung, dass nicht Polemik um der Polemik willen betrieben werden sollte, dass aber eine Fortführung des Entspannungsprozesses nur erreicht werden kann, wenn jedes Land sich ehrlich bemüht, dem Gedankengut von Helsinki in einem Geiste der Aufgeschlossenheit und mit stetem Bedacht auf die Erwartungen unserer Völker nachzuleben.

dodis.ch/48205

Gespräch mit Herrn G.A. Arbatow, Direktor des Instituts für USA- und Kanada-Studien, 6. Juni 1978

Anwesend: G.A. Arbatow (A.), 1 Mitarbeiter des Instituts, Botschafter Weitnauer (WR.), Botschafter Hohl (HO.), Fetscherin (Protokoll)

A. meint einleitend, dass die gegenwärtige US-Aussenpolitik für die UdSSR weitgehend unverständlich sei. Das einzige, was sicher festgestellt werden könne, sei eine Verschlechterung der Beziehungen. Ob es sich bei dem widersprüchlichen Verhalten der USA um ein Spiel oder einen Sinneswandel im Innern des Landes handle, sei nicht auszumachen. Auch den Einfluss der bevorstehenden Wahlen, auf welchen HO. hinweist, könne er nicht als Hauptursache gelten lassen.

Was SALT II anbelangt, so hält A. die Unentschlossenheit der USA für Taktik. Man gäbe sich gar keine Mühe, den schlecht informierten Kongress aufzuklären, sondern lasse der antisowjetischen Propaganda freien Lauf, so dass auch zunächst neutrale Volksvertreter zu Gegnern der Sache würden.

Auf die Frage von WR. nach der Absicht dieser Politik meint A., oft sei es einfacher, "Kalten Krieg" zu führen als einen Detentekurs zu steuern. Die Reaktion der USA auf die sowjetische Afrikapolitik sei weniger das Verhalten einer empörten Bevölkerung als vielmehr dasjenige einer durch Misserfolge frustrierten Regierung. Die Sowjetunion habe gerade in Afrika immer mit offenen Karten gespielt. Früher sei trotz der offenen Unterstützung beider Seiten im Vietnamkonflikt der Abschluss von SALT I möglich gewesen.
WR. weist auf die amerikanischen Befürchtungen im Zusammenhang mit dem Ausbau der sowjetischen Flotte hin, worauf A. entgegnet, selbst die USA hätten mittlerweile eingesehen, dass die Flotte der Sowjetunion im Verhältnis zu den Ausmassen ihrer Küste zu klein war;

dodis.ch/48205

ausserdem hätten die sowjetischen Seestreitkräfte eine andere Struktur als diejenigen der USA. In diesem Zusammenhang fügt A. bei, dass die USA auch bezüglich der Entmilitarisierungsverhandlungen für den Indischen Ozean mit einer Antwort auf sich warten liessen.

HO. weist auf Grund seiner Erfahrungen mit den Verhältnissen in Washington darauf hin, dass die Unsicherheit der US-Aussenpolitik zum Teil daher rühre, dass diese zur Zeit von vier verschiedenen Kräften (Präsident, Kongress, White House-staff, Verwaltung) gemacht würde. A. ist einverstanden; im einzelnen hat er den Eindruck, dass Carter vor allem am Ausbau seiner persönlichen innenpolitischen Position interessiert sei. Die "Georgier" in seiner Umgebung hingegen verstünden nichts von Aussenpolitik, und Brzeszinskis Verhalten sei durch persönliche Eindrücke geprägt und deshalb irrational. B. sei im übrigen interessant, nicht so sehr als Machtfaktor denn als Gradmesser dafür, wieweit die Regierung gehen könne. Die USA seien insgesamt schwächer geworden, verhielten sich aber wie zur Zeit ihrer absoluten Superiorität, eine Situation, welche eine gefährliche selbständige Schwungkraft entwickeln könnte.

WR. bezweifelt, dass im Westen jemand am "Kalten Krieg" interessiert ist, und verweist u.a. auf die Verbündeten der USA. A. glaubt zwar an deren Handlungsfreiheit in Zeiten der Detente oder "Semi-Detente", nicht aber im Falle einer ernsten Krise. Die Beziehungen mit den westeuropäischen Staaten hätten allerdings weniger Veränderungen erfahren als diejenigen mit den USA. Im übrigen könne die Schweiz im Detente-Prozess eine nicht unbedeutende Rolle übernehmen.

Hinsichtlich der Konferenz von Belgrad ist A. der Ansicht, dass dort zuviel über Korb 3 gesprochen wurde. Beim Treffen in Madrid müsse, dies die Lehre von Belgrad, nicht nur eine gute Vorbereitung geleistet werden, sondern insbesondere auf die Schaffung einer guten Verhandlungsatmosphäre geachtet werden. Ausserdem sollten dort vor allem die USA mehr Geduld an den Tag legen.

dodis.ch/48205

Gespräch mit Botschafter Nestorenko, Leiter der Abteilung für internationale Wirtschaftsorganisationen im MAE, 7. Juni 1978

Anwesend: Botschafter Nestorenko (N.), 4 Mitarbeiter der Abteilung für internationale Wirtschaftsorganisationen, Botschafter Weitnauer (WR.), Botschafter Hohl (HO.), Fetscherin (Protokoll)

Das Gespräch bezieht sich ausschliesslich auf die Problematik der Beziehungen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern.

WR. weist einleitend auf die komplexe Natur dieser Beziehungen hin, welche allein schon durch die Verschiedenartigkeit der einzelnen Entwicklungsländer bedingt ist. Einer der wichtigsten Punkte sei, dass diese Länder sich darüber Rechenschaft geben, wie entscheidend sie vom wirtschaftlichen Gesundheitszustand der Industriestaaten abhängig sind. Die Folgen der Erdölpreissteigerungen hätten in dieser Beziehung ein anschauliches Beispiel geliefert. WR. geht dann kurz auf die derzeitige wirtschaftliche Situation der Schweiz ein. Sie steht noch immer unter dem Eindruck der Rezession. Die für unser Land sehr bedeutende Exportwirtschaft hat zur Zeit vor allem mit dem hohen Frankenkurs zu kämpfen. Die Finanzhilfe der Schweiz an die Entwicklungsländer könnte noch höher sein; doch wendet die Schweiz jedes Jahr viele Hundert Millionen Franken für diesen Zweck auf. Namentlich auf dem Gebiete der technischen Hilfe könnten sich die schweizerischen Leistungen sehen lassen, und was die Rohstoffe anbelange, so hätte sich die Schweiz immer für ein System der stabilen und lohnenden Preise ausgesprochen. Obwohl nicht Mitglied der UNO, sei sie Vollmitglied des zu Jahresbeginn gegründeten "Plenary Committee".

N. ist sich dessen bewusst, dass die wirtschaftliche Situation der Schweiz trotz der geschilderten Schwierigkeiten besser als in vielen Ländern ist, und er glaubt auch für die Zukunft an die Prosperität unseres Landes.

dodis.ch/48205

Was die Entwicklungsländer anbelange, so hätte die Sowjetunion eine andere Konzeption. Diese Länder unterscheiden sich zwar in vielem voneinander, hätten aber als gemeinsames Erbe die koloniale Vergangenheit. Heute seien sie zwar juristisch, aber nicht wirtschaftlich unabhängig. Die Sowjetunion sei der Ansicht, dass wahre Unabhängigkeit nur durch einen umfassenden inneren Wandel in diesen Ländern entstehen könne. Sie fördere nicht Systeme, die dem hiesigen ähnlich seien, sondern solche, welche den jungen Staaten die volle Souveränität über ihre Hilfskräfte sichere. Jedes Land müsse innerhalb des Rahmens der internationalen Arbeitsteilung frei seinen Platz suchen können. Dieser Prozess bedeute selbstverständlich auch die Aufhebung der gegenseitigen Ausbeutung unter den Entwicklungsländern.

Die Sowjetunion, so führt N. fort, vermittelt Hilfe an alle Entwicklungsländer. Sie leistet sie auf multilateralem wie bilateralem Wege, wobei sie den letzteren vorziehe, da man ihn hier für flexibler, effektiver und weniger aufwendig halte. Diese Einstellung erkläre die sowjetische Kritik an vielen internationalen Organisationen (z.B. UNDP). Die sowjetische Hilfe ziele, basierend auf den Erfahrungen im eigenen Lande, das zu Beginn des Jahrhunderts noch halbkolonial gewesen sei, vorwiegend auf den Ausbau der Industrie und konzentriere sich praktisch immer auf den Staatssektor. Neben Kooperation im engeren Sinne werde auch eine Kredithilfe in verschiedener Form geleistet. Bei der Suche des Partners richte man sich grundsätzlich nicht nach dessen innerer sozioökonomischen Ordnung, obwohl gewisse Präferenzen nicht zu verleugnen seien.

Die teilweise festgefahrene Situation im Zusammenhang mit der neuen Wirtschaftsordnung führt N. weitgehend auf das Verhalten des Westens zurück. Was das "Plenary Committee" anbelange, so habe die Sowjetunion ihre Position in der Generalversammlung dargelegt: Sie halte die Besprechung der fraglichen Probleme im ECOSOC für sinnvoller,

dodis.ch/48205

nachdem dieses Organ gerade dazu bevollmächtigt sei. Er könne das Erfordernis eines zweiten globalen Diskussionsforums nicht einsehen.

Im allgemeinen unterstütze die Sowjetunion die Schaffung von "buffer stocks", solange dazu ein annehmbares Reglement geschaffen werde. Dasselbe gelte für die Gründung eines "Common Fund". In beiden Fällen behalte die Sowjetunion sich ihre Position vor, falls die von ihr gestellten Bedingungen nicht erfüllt würden.

dodis.ch/48205

Gespräch mit Botschafter Chlestow, Leiter der juristischen Abteilung im MAE, 6. Juni 1978

Anwesend: Botschafter Chlestow (CHL.), 2 Mitarbeiter der juristischen Abteilung, Botschafter Weitnauer (WR.), Botschafter Hohl (HO.), Fetscherin (Protokoll)

Das Gespräch dreht sich ausschliesslich um den schweizerischen SRPD-Vorschlag und die bevorstehende Expertenkonferenz in Montreux.

WR weist zu Beginn darauf hin, dass man sich in der Schweiz im klaren darüber ist, dass der bisherige SRPD-Vorschlag in seiner bisherigen Form von den wenigsten Staaten angenommen werden würde. Die Schweiz stelle deshalb eine stufenweise Einführung des Systems zur Diskussion. Es sei durchaus denkbar, dass sich trotz aller Widerstände von Anfang an einige Staaten entschliessen könnten, die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit für gewisse Bereiche zu akzeptieren. Die Gesamtheit der europäischen Länder würde dadurch in Bewegung gebracht, die internationale Zusammenarbeit erleichtert und bis zu einem gewissen Grad entpolitisiert. In Montreux sollten wenn möglich die praktischen Voraussetzungen geschaffen werden, um eine solche Evolution in Gang zu bringen.

CHL. hält die Konsultation über den SRPD-Vorschlag in diesem frühen Stadium für äusserst nützlich. In der Sowjetunion wie in der Schweiz sei man der Ansicht, dass die friedliche Streiterledigung zwischen Staaten zu fördern sei; unterschiedliche Meinungen bestünden allerdings in der Frage, wie dies bewerkstelligt werden könnte. Die Sowjetunion sei mit den bisherigen Grundlagen (KSZE-Schlussakte und UNO-Charta) grundsätzlich zufrieden und könnte sich höchstens komplementäre Massnahmen vorstellen. Er halte die vorherrschende Praxis der "Freiheit der Wahl der Mittel", für welche viele Gründe sprächen, nach wie vor für die beste Lösungsmethode. Er glaube deshalb, dass die schweizerische Haltung in dieser Frage nicht

./.

dodis.ch/48205

ganz realistisch sei, da ein Obligatorium erst dann eingeführt werden könne, wenn sich der entsprechende Wille der Staaten entwickelt habe. Die Schweiz hingegen versuche, umgekehrt vorzugehen, indem sie bestimmte kontroverse Fragen von vornherein dem Obligatorium unterstellen wolle.

Auf den Einwand von WR., dass zahlreiche Beispiele in der Geschichte (von der Entstehung der Eidgenossenschaft bis zu den Fischereizonenkonflikten) zeigten, dass durch die Einführung des Obligatoriums nützliche Fortschritte erzielt werden können, und denjenigen von HO., dass es sich schliesslich beim SRPD-Vorschlag um eine Detente-Massnahme und nicht nur die fixe Idee eines Gelehrtenhirns handle, entgegnete CHL., es bestünden offensichtlich verschiedene Ansichten über den Begriff "Fortschritt". Im übrigen aber sei er natürlich sehr für alles, was der Detente dienen könne!

dodis.ch/48205

Gespräch mit D.M. Gwischiani, Vize-Präsident des Staatskomitees für Wissenschaft und Technik (GKNT), 7. Juni 1978

Anwesend: D.M. Gwischiani (G.), 2 Mitarbeiter des GKNT, Botschafter Dubinin, 1 Mitarbeiter des MAE, Botschafter Weitnauer (WR.), Botschafter Hohl (HO.), Fetscherin (Protokoll)

Gemäss G. misst die Sowjetunion den Handelsbeziehungen mit der Schweiz grosse Bedeutung zu. Man wisse es in Moskau auch zu schätzen, dass wir mit dem Abschluss des Kooperationsabkommens am 12.1.1978 eine für uns völlig neue Formel übernommen hätten. Beide Seiten seien sicher auch in der Zukunft bestrebt, die Zusammenarbeit noch weiter auszubauen. Bereits jetzt hätten 13 wichtige Schweizer Firmen ein Kooperationsabkommen mit dem GKNT abgeschlossen und eine Fortsetzung dieser Entwicklung sei mit dem Zustandekommen des langfristigen Programmes zu erwarten. Es gehe nun darum, auf Gebieten wie z.B. der Uhrenherstellung von rein kommerziellen Kontakten zur gemeinsamen Kreation neuer Techniken überzugehen.

WR. unterstreicht die Bedeutung des Kooperationsabkommens und betont, dass die Schweiz die im Gange befindliche Entwicklung auch vom politischen Standpunkt aus unterstütze. Man beabsichtige, die bisher auf unsere traditionellen Partner konzentrierten Wirtschaftsbeziehungen durch eine Oeffnung auf andere Staaten wie u.a. die UdSSR hin zu erweitern.

HO. weist darauf hin, dass ein guter Beginn gemacht wurde, aber viele Fragen noch offen stünden. Die schweizerische Seite zeige sich gerne flexibel, doch ohne Uebertreibung. Es wäre jedenfalls zu hoffen, dass es noch in diesem Jahre zum Abschluss der Programmverhandlungen komme. HO. wies ausserdem auf den konkreten Fall der Firma André hin, welche seit längerer Zeit vergeblich auf die versprochene Akkreditierung für ihr Moskauer Büro warte.

dodis.ch/48205

G. verspricht, einer schnellen Ausarbeitung des Programms sowjetischerseits seine volle Unterstützung zu leihen. Er wäre froh, wenn eine schweizerische Antwort auf die sowjetischen Vorschläge schon vor Ende Juli d.J. erfolgen könnte.

Des weiteren kommt G. auf das "Institute for applied system analysis" (Laxenburg, Wien) zu sprechen, zu dessen 17 Mitgliedländern auch die Sowjetunion gehört (G. ist Präsident). Das Institut, das sich mit verschiedenen Problemen der Zukunft der Industriegesellschaft befasse, könnte noch ein bis zwei Mitglieder aufnehmen und würde einer Kandidatur der Schweiz, welche bisher durch Gäste vertreten gewesen sei, Priorität geben. WR. verspricht, G.s Anregung weiterzuleiten.

dodis.ch/48205

Gespräch mit Vize-Kulturminister Popow, 7. Juni 1978

Anwesend: Vize-Kulturminister Popow (P.), 3 Mitarbeiter des Kulturministeriums, Botschafter Weitnauer (WR.), Botschafter Hohl (HO.), Fetscherin (Protokoll)

P. bezeichnet die bilateralen Kulturbeziehungen als normal. Seiner Meinung nach sind allerdings noch viele Reserven unausgeschöpft. WR. pflichtet dem bei, weist aber darauf hin, dass die UdSSR bisher bei uns eine grössere Aktivität entwickelt hat als die Schweiz in der Sowjetunion. Trotz der Popularität der Schweiz wäre es nützlich, wenn das sowjetische Publikum sich ein vollständigeres Bild von unserem Lande machen könnte. Er schlage deshalb ein Austauschprogramm vor, das über eine sorgfältige Auswahl der entsprechenden Veranstaltungen zu einem Ausbau aller Bereiche der kulturellen Kontakte führen würde. P. ist von der Nützlichkeit eines solchen langfristigen Programms überzeugt, da es vor allem die Vorbereitung grösserer Ereignisse erleichtere.

WR. weist darauf hin, dass auf Grund der komplexen Struktur der schweizerischen Kulturpolitik (Pro Helvetia, Kantone, Private, Bund) unsere Botschafter sich in der besten Ausgangslage befinden, um nicht nur organisatorische Fragen zu lösen, sondern auch neue Ideen für den Kulturaustausch zu liefern. HO. unterstreicht bei dieser Gelegenheit sein persönliches Interesse an den kulturellen Angelegenheiten.

Im Zusammenhang mit dem hängigen sowjetischen Vorschlag eines periodischen Austausches von Ausstellungen ist gemäss HO. aus rein bürokratischen Gründen eine gewisse Verzögerung eingetreten. P. erwähnt dazu, dass das Kulturministerium jederzeit bereit sei, Vertreter der Museen in Moskau zu empfangen. Was das ebenfalls von HO. angesprochene Problem des Vortrages einer sowjetischen Wissenschafterin an der nächstjährigen Ausstellung über georgische Goldschmiedekunst

./.

dodis.ch/48205

in Genf anbelange, so sei eine entsprechende Antwort bereits über die sowjetische Botschaft in Bern ans EPD unterwegs.

WR. kommt schliesslich auf eine Initiative der Géza-Anda-Stiftung zu sprechen, deren Leitung den sowjetischen Pianisten Emil Gilels in die Jury aufnehmen wollte. P. versichert, dass Gilels nicht krank ist, wie Sowjetbotschafter Lawrow erklärte, sondern keine zusätzlichen Verpflichtungen mehr übernehmen möchte, um sich in den ihm verbleibenden Jahren wieder ganz der Tätigkeit des Konzertpianisten widmen zu können. So habe er nicht einmal mehr als Juror am diesjährigen Tschaikowski-Wettbewerb teilnehmen wollen. Doch werde er - P. - versuchen, Gilels umzustimmen; auch Frau Anda stehe es frei, nochmals mit ihm zu sprechen.